

Nord Stream | Verborgener Kontext des Ukraine-Kriegs - Fabian Scheidler

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank, dass Sie heute wieder dabei sind, und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bevor wir mit diesem Interview beginnen, möchte ich Sie daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. Wir bitten Sie nicht, YouTube dauerhaft zu verlassen, sondern lediglich, diesen Kanälen als Vorsichtsmaßnahme beizutreten, da YouTube zu Google gehört und Google ein US-Konzern ist, der in der Vergangenheit bereits mehrfach unabhängige kritische Medien wie das Unsere mit Shadowbanning und Zensur belegt hat. Obwohl wir 165.000 Abonnenten haben, haben bisher nur wenige Tausend diesen Wechsel vollzogen. Und wenn jemals der Tag kommt, an dem wir shadowbanned oder zensiert werden, können wir Sie nicht mehr mit Informationen erreichen, geschweige denn mit einer Ankündigung. Wie Sie diesen alternativen Kanälen beitreten können, erfahren Sie in der Beschreibung dieses Videos.

Heute spreche ich mit dem unabhängigen Journalisten Fabian Scheidler. Fabian Scheidler ist Autor mehrerer Bücher. Sein neu erschienenes Buch trägt den Titel *Friedenstückig: Wie wir aufhören können, unsere Feinde selbst zu schaffen*. Fabian, willkommen zurück in der Sendung.

Fabian Scheidler (FS): Danke für die Einladung.

ZR: Bevor wir über Ihr neues Buch sprechen, möchte ich mit den neuesten Entwicklungen rund um die Nord Stream-Pipeline beginnen. Ein ukrainischer Verdächtiger wurde in Polen aufgrund eines deutsch-europäischen Haftbefehls festgenommen, später jedoch wieder freigelassen, nachdem ein polnisches Gericht entschieden hatte, dass Deutschland nur sehr allgemeine Informationen vorgelegt hatte, die keine ausreichenden Beweise darstellten. Der Richter argumentierte weiter, dass diejenigen, die die Ukraine unterstützen, nicht als Terroristen betrachtet werden können, da sie ihr Vaterland verteidigen und ihren Feind schwächen, und dass die Tat in internationalen Gewässern als Teil eines gerechten

Verteidigungskrieges stattfand. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk begrüßte das Urteil öffentlich, Berlin vermied jedoch jegliche Stellungnahme und erklärte lediglich, dass es die Entscheidung „zur Kenntnis nimmt“. Gegen das Urteil des Gerichts kann noch Berufung eingelegt werden.

Sie waren einer der ersten europäischen Journalisten, der den mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten Seymour Hersh interviewt hat, was auf unserem Kanal veröffentlicht wurde und welcher die Geschichte publik machte, dass die Vereinigten Staaten hinter der Sprengung der Nord Stream-Pipeline stecken. Die politischen Entwicklungen und die Berichterstattung in den Leitmedien haben sich jedoch in Richtung der Andromeda-Story bewegt, die behauptet, dass die Ukraine hinter diesem Angriff stecke und eine Yacht benutzt habe, um die Pipeline zu sprengen. Können Sie zu den neuesten Entwicklungen Stellung nehmen und erläutern, wie diese in das Gesamtbild passen?

FS: Was wir jetzt in Polen sehen, ist nur ein weiteres Kapitel in dieser Farce, die schon seit Jahren andauert. Anscheinend wollen die Behörden und die Menschen hinter den Kulissen nicht, dass der Fall gelöst wird. Donald Tusk sagte sogar, „der Fall ist abgeschlossen“, es gebe also nichts mehr zu diskutieren. Und derselbe Verdächtige, der jetzt freigelassen wurde, ist bereits vor einem Jahr geflohen. Es gab bereits einen europäischen Haftbefehl, und die polnischen Behörden haben diesem Verdächtigen geholfen, in die Ukraine zu fliehen. Es gibt also eindeutig Kräfte, die nicht wollen, dass der Fall aufgeklärt wird. Und dafür gibt es zwei mögliche Gründe. Der erste Grund ist die Andromeda-Geschichte, dass die ukrainischen Geheimdienste und das Militär dahinterstecken und möglicherweise oder wahrscheinlich, würde ich sagen, auch die ukrainische Regierung. Das ist die Geschichte, die seit Jahren von den Leitmedien erzählt wird. Es ist möglich, dass die Ukraine hinter dem Angriff steckt. Und natürlich wollen viele Mächte nicht, dass dieser Fall aufgeklärt wird, denn wenn sich herausstellt, dass Selenskyj grünes Licht für diese Angriffe gegeben hat, wäre es sehr seltsam, dass Deutschland die Ukraine weiterhin unterstützt, obwohl die Ukraine ihre wichtige Energieinfrastruktur angegriffen hat. Die zweite Möglichkeit ist, dass die USA hinter dem Angriff stecken. Die Theorie von Seymour Hersh gilt nach wie vor, sie wurde bisher nicht widerlegt. Ich habe ausführlich darüber geschrieben. Es ist nach wie vor durchaus vorstellbar, dass dieser Anschlag von Joe Biden genehmigt und von amerikanischen und norwegischen Streitkräften ausgeführt wurde. Das wissen wir noch nicht. Und auch in diesem Fall gibt es Akteure, die nicht wollen, dass dies ans Licht kommt.

Ob es nun die Ukraine war oder die Vereinigten Staaten oder beide zusammen, möglicherweise sogar mit Hilfe Polens, auf jeden Fall wären es enge Verbündete Deutschlands und Westeuropas, die zur Zerstörung wichtiger Infrastruktur beigetragen haben, was ein riesiger Skandal ist. Und es ist ein noch größerer Skandal, dass unsere Leitmedien und unsere Regierungen, auch die deutsche Regierung, nicht bereit sind, sich zu der Tatsache zu äußern, dass unsere Verbündeten unsere Infrastruktur bombardiert haben. Ich denke also, dass dies noch eine Weile so weitergehen wird. Es gab auch einen italienischen Verdächtigen, der nach Deutschland überstellt werden sollte, weil er angeblich an dem Angriff von dem Segelboot aus beteiligt war. Ein italienisches Gericht hat jedoch entschieden, dass er nicht

ausgeliefert werden darf. Es ist ein Versteckspiel, das meiner Meinung nach noch eine ganze Weile andauern wird.

ZR: Wenn die Geschichte mit der Yacht in der Ukraine wahr ist, könnte man zumindest sagen, dass die USA davon wussten, nicht wahr? Aus den Berichten der New York Times vom letzten Jahr geht hervor, dass die CIA stark in den ukrainischen Staat involviert ist, Zugang zu dessen gesamten Strukturen hat und nichts außerhalb des Blickfelds Washingtons geschieht. Wie würden Sie das einschätzen – dass die Vereinigten Staaten zumindest eine Beobachterrolle hatten, wodurch sie immer noch in Frage kommen?

FS: Auf jeden Fall. Es steht außer Frage, dass die USA über alles Bescheid wussten, wenn die Ukraine dahintersteckte. Die Geheimdienste der USA und der Ukraine sind eng miteinander verbunden. Der US-Geheimdienst hat die Ostsee überwacht, wie kein anderes Meer auf der Welt. Sie haben eine unterirdische Überwachung. Sie wissen alles, was in der Ostsee passiert. Sie wissen alles, was innerhalb des ukrainischen Geheimdienst- und Militärapparats passiert. Es steht außer Frage, dass sie davon wussten, wenn die Ukraine dahintersteckt. Es besteht meiner Meinung nach kein Zweifel daran, dass sie grünes Licht dafür gegeben haben, denn ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten hätte die Ukraine sich das niemals getraut. Es ist auch möglich, dass die ganze Andromeda-Geschichte eine Vertuschungsgeschichte ist, was typisch für geheime verdeckte Operationen ist. Man macht also eine Sache und lässt ein anderes Segelboot mit einigen Mitgliedern der Geheimdienste herumfahren, um die Leute abzulenken. Das ist durchaus möglich. Es wäre nur logisch. Wir wissen es immer noch nicht. Aber auf jeden Fall müssen die USA in den Fall verwickelt gewesen sein.

ZR: Kommen wir nun zu Gaza. Ich möchte zunächst für unsere Zuschauer einige der neuesten Entwicklungen zusammenfassen. Anfang Oktober kündigte US-Präsident Trump den Gaza-Friedensplan an, gefolgt von einem internationalen Gipfeltreffen in Ägypten am 13. Oktober. Der Plan, der von Ägypten, Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie von europäischen Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien unterstützt wurde, führte zu einem Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas, der am 10. Oktober in Kraft trat. Trump bezeichnete ihn als „den ersten Schritt zu einem starken und dauerhaften Frieden“. Phase Eins, die den Austausch von palästinensischen Häftlingen, welche größtenteils ohne ordentliches Gerichtsverfahren in israelischen Gefängnissen festgehalten wurden, gegen israelische Geiseln, die von der Hamas festgehalten wurden, umfasste, wurde erfolgreich durchgeführt. In der vergangenen Woche hat sich die Lage jedoch drastisch verschlechtert. Am 29. Oktober nahm Israel seine schweren Luftangriffe auf den Gazastreifen wieder auf und erklärte, es habe „Terrorinfrastrukturen“ ins Visier genommen. Dabei wurden in einer einzigen Nacht mehr als 100 Menschen getötet, darunter 46 Kinder. Israel beschuldigte die Hamas, gegen den Waffenstillstand verstößen zu haben, indem sie israelische Soldaten beschoss und eine gefälschte Übergabe von Geiselüberresten inszenierte, wobei sie angeblich Leichen wiederbegrab, um neue Funde vorzutäuschen. Die Hamas wies diese Vorwürfe zurück und betonte, dass sie sich weiterhin zum Waffenstillstand bekenne, während sie Israel mehrere Verstöße gegen das Abkommen

vorwarf und die erneuten Bombardierungen als „verräterische Eskalation“ bezeichnete, die darauf abziele, den Friedensplan zu zerstören. Die USA haben die Gewalt heruntergespielt. Vizepräsident J.D. Vance bezeichnete die erneuten Kämpfe als „kleinere Scharmützel“, während Trump erklärte, dass „nichts den Waffenstillstand gefährden wird“, Israel aber „das Recht hat, zurückzuschlagen, wenn es angegriffen wird“. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist der Zugang für humanitäre Hilfe nach wie vor äußerst eingeschränkt. Israel hatte versprochen, täglich 608 Lastwagen zuzulassen, doch seit Beginn der Waffenruhe sind insgesamt weniger als 700 in den Gazastreifen eingefahren. Die Gesamtzahl der palästinensischen Zivilopfer liegt mittlerweile bei über 67.000, darunter mehr als 18.000 Kinder. In Ihrem Buch widmen Sie dem Gazastreifen große Aufmerksamkeit. Bereits im ersten Teil Ihres Buches schreiben Sie: „Gaza oder der Weg zur vollständigen Zerstörung“. Können Sie näher erläutern, warum Gaza für das globale System so wichtig ist und warum es zu einer weiteren Zerstörung des globalen Systems führen könnte?

FS: Was wir in Gaza seit mehr als zwei Jahren sehen, ist ein live übertragener Völkermord. Das ist etwas Neues in der Weltgeschichte. In den letzten 500 Jahren gab es viele Völkermorde, die von westlichen Mächten unterstützt oder durchgeführt wurden, aber dieser wird live im Fernsehen übertragen, und die Welt sieht, was dort vor sich geht. Die eklatante Doppelmoral des Westens, unserer Politiker und unserer Medien wird also jeden Tag offengelegt. Sie geben vor, internationale Rechte und die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung in der Ukraine und anderswo zu schützen und zu verteidigen, während sie das internationale System und das Völkerrecht in Gaza von Anfang an mit Füßen getreten haben. Von Anfang an, seit dem 8. Oktober 2023, hat Israel Gräueltaten und Kriegsverbrechen begangen. Nach ein paar Monaten war klar, dass es sich um Völkermord handelt, sowohl in den Absichten als auch in den Praktiken der israelischen Streitkräfte. Und dennoch hat unsere Regierung, insbesondere die deutsche Regierung, Israel ohne jede Einschränkung unterstützt. Das Gleiche gilt für die USA.

Nun hat Trump vor seiner Amtseinführung einen ersten Waffenstillstand vorgeschlagen, weil er als „Friedenspräsident“ gelobt werden will. Aber Israel hat diesen ersten Waffenstillstand nach ein paar Wochen gebrochen. Israel hat eine lange Geschichte der Verletzung von Waffenstillständen, der Zerstörung von Waffenstillständen. Es hat auch eine lange Tradition, Menschen zu töten, die an Verhandlungen beteiligt sind, wie es in Katar der Fall war, als es einige Hamas-Funktionäre tötete, die von den USA zu Verhandlungen eingeladen worden waren. Meiner Meinung nach ist Israel also nicht wirklich an einem dauerhaften Frieden interessiert, geschweige denn daran, den Palästinensern das Recht auf einen eigenen Staat zu gewähren. Ich glaube, dass sie von Trump unter Druck gesetzt wurden, weil Trump mehrere Probleme mit Gaza hat. Er hat trotz dieser Waffenstillstände auch den Völkermord voll und ganz unterstützt.

Und innerhalb seiner MAGA-Bewegung gibt es Stimmen wie Tucker Carlson und andere, die ziemlich kritisch sind, und die Israel gegenüber sehr kritisch geworden sind, sodass er Angst hat, einen Teil seiner Basis im Inland zu verlieren. Er hat ein weiteres Problem mit arabischen Oligarchien und arabischen Staatschefs, weil er mit diesen Leuten große

Immobiliengeschäfte machen will. Und nach den Attentaten in Katar sehen sie Israel wirklich als problematisch für ihre eigene Sicherheit an. Trump hat also einige Schwierigkeiten damit, Israel bedingungslos zu unterstützen. Das liegt nicht daran, dass er sich für internationales Recht oder humanitäre Hilfe für Gaza interessiert, sondern an innen- und außenpolitischen Gründen. Das könnte eine Gelegenheit bieten.

Ich glaube jedoch, dass Israel weiterhin entschlossen ist, den Waffenstillstand zu brechen. Das hat es in den letzten Wochen getan. Es hat mehrere hundert Palästinenser getötet. Wie Sie bereits erwähnt haben, hat es nur etwa 80 bis 90 Lastwagen pro Tag zugelassen, statt mehr als 600. Es hungert also weiterhin die Menschen in Gaza aus. Ihre Agenda hat sich nicht geändert. Es will den Gazastreifen und das Westjordanland übernehmen. Die Knesset, das israelische Parlament, hat gerade dafür gestimmt, das Westjordanland illegal zu übernehmen. Ich denke also, dass Israel nach Möglichkeiten suchen wird, die Trump-Regierung davon zu überzeugen, wegzuschauen, wenn sie den Waffenstillstand bricht und den Völkermord und die ethnische Säuberung in Gaza fortsetzt.

ZR: Ich möchte mich näher mit Donald Trumps Friedensplan für Gaza befassen, insbesondere mit den Phasen Zwei und Drei, in denen die Hamas und andere bewaffnete Gruppen aufgefordert werden, ihre Waffen abzugeben und die Regierungsgewalt in Gaza abzugeben. Der Plan geht jedoch weder auf die allgemeine Besatzungspolitik Israels, die Apartheid oder den anhaltenden Völkermord ein, noch verlangt er von Israel größere Zugeständnisse über Gaza hinaus, wie beispielsweise die Einstellung der Besiedlung und Annexion des Westjordanlands, wie Sie erwähnt haben, oder die Aufhebung der langjährigen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser, der Grenzkontrollen, der Energieversorgung und des Transports. Glauben Sie in diesem Zusammenhang, dass Trumps Friedensplan realistisch umgesetzt werden kann? Und zweitens: Halten Sie es unter den Bedingungen, die Israel Palästina auferlegt, überhaupt für realistisch, die Hamas und andere bewaffnete Gruppen zur Entwaffnung aufzufordern?

FS: Interessanterweise hat die Hamas 98 % der Forderungen, die die Trump-Regierung in Israel gestellt hat, in diesem Waffenstillstandsabkommen akzeptiert, aber sie hat einer vollständigen Entwaffnung nicht zugestimmt, weil sie dann keine Verhandlungsmacht mehr hätte. Und ich glaube, dass sie das nicht tun wird. Ich halte es leider für sehr unwahrscheinlich, dass die Phasen Zwei und Drei umgesetzt werden. Trotz aller von Ihnen erwähnten Mängel dieses Plans wäre es dennoch ein Schritt nach vorne. Der Plan erwähnt auch nicht, dass die Vereinigten Staaten bereit wären, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Es wird erwähnt, dass der palästinensische Staat Teil der Zukunft sein könnte, aber es ist nicht klar, ob er anerkannt würde. Und Israel hat eindeutig kein Interesse daran, die zweite und dritte Phase zuzulassen.

Das wahrscheinlichste Szenario ist daher leider, dass Israel weder Phase Zwei noch Phase Drei umsetzen wird und wahrscheinlich die Geiselfrage nutzen wird, um die Verletzung des Waffenstillstands zu legitimieren. Denn es gibt diese Frage der 13 Leichen - 13 Tote, die noch nicht übergeben wurden, und es ist für die Palästinenser sehr schwer, dies zu tun. Zynischerweise haben die israelischen Streitkräfte nun Ausrüstung zur Verfügung gestellt,

um diese Leichen zu bergen, aber diese Ausrüstung wird nicht eingesetzt, um Zehntausende Palästinenser zu bergen, die noch unter den Trümmern liegen. Man sieht also die unverhohlene Doppelmoral, die völlige Entmenschlichung der Palästinenser, weil ihre Leichen überhaupt nicht zählen. Ich denke also, dass es wirklich auf den internationalen Druck ankommt. Der Westen könnte diesen Völkermord beenden, wenn er aufhören würde, Israel mit Waffen zu beliefern. Es ist ganz einfach. Die USA sollten dies tun. Europa sollte dies tun. Europa hat sich in dieser Frage die ganze Zeit herausgehalten. Spanien, Irland und andere haben Sanktionen gefordert. Vor allem die deutsche Regierung hat alle bedeutenden Fortschritte blockiert, um Israel zu sanktionieren und den Völkermord zu beenden. Es hängt also vom Druck der Bevölkerung, der Friedensbewegung auf ihre Regierungen ab, diesen Völkermord zu beenden.

ZR: Ich möchte nun zur Ukraine überleiten. Lassen Sie mich zunächst noch einmal einige der jüngsten Entwicklungen für unsere Zuschauer zusammenfassen. Am 17. Oktober 2025 traf der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in Washington mit US-Präsident Donald Trump zusammen, um ihn zur Lieferung von Tomahawk-Langstreckenraketen zu drängen, doch das Treffen endete ohne eine formelle Zusage der USA. Einige Tage später wandte sich Selenskyj in Brüssel direkt an die europäischen Staats- und Regierungschefs, um dieselben Waffen zu fordern, und die Europäische Union reagierte zurückhaltend, wobei Deutschland und Frankreich davor warnten, dass solche Lieferungen den Konflikt weiter eskalieren könnten. Im Laufe des Oktobers intensivierte Russland seine Raketen- und Drohnenangriffe auf die Energie- und zivile Infrastruktur der Ukraine, während die Ukraine ihre grenzüberschreitenden Drohnenangriffe auf russisches Gebiet ausweitete und dabei vor allem Öllager und Versorgungswege ins Visier nahm. Die Frontlinie blieb weitgehend unverändert, doch Ende des Monats wurde berichtet, dass die russischen Streitkräfte kurz davor standen, Pokrowsk – einen wichtigen logistischen Knotenpunkt in der Region Donezk – einzukreisen.

Am 22. Oktober brachte Präsident Trump die Idee ins Spiel, den Krieg an den aktuellen Frontlinien einzufrieren – ein Vorschlag, den Selenskyj als „ein praktikables Rahmenwerk“ bezeichnete, was der Kreml jedoch sofort ablehnte. Vor kurzem kündigte der russische Außenminister Sergej Lawrow an, dass Moskau plant, der Europäischen Union und den NATO-Staaten Sicherheitsgarantien anzubieten und versicherte, dass Russland nicht die Absicht habe, sie anzugreifen – eine Botschaft, die viele Beobachter als neues diplomatisches Signal an Europa werten. Unterdessen scheint das Anfang des Monats diskutierte Treffen zwischen Trump und Putin nun auf Eis zu liegen. Darüber hinaus hat Präsident Donald Trump vor wenigen Stunden das US-Militär angewiesen, nach 33 Jahren Pause die Atomtests unverzüglich wieder aufzunehmen. Lassen Sie mich einen Schritt zurücktreten und noch einmal auf Ihr Buch zurückkommen. Sie haben viel Zeit darauf verwendet, die vorherrschenden Narrative über die Ursprünge des Ukraine-Krieges zu widerlegen und die frühen Friedensbemühungen nach Ausbruch des Krieges hervorzuheben. Könnten Sie unseren Zuschauern einen Überblick darüber geben und dann eine Einschätzung abgeben, ob Sie glauben, dass Frieden innerhalb der aktuellen geopolitischen Konstellation zwischen den USA, Europa und Russland noch möglich ist?

FS: Ja. Spulen wir mal zurück zu der Zeit, als die Berliner Mauer fiel. Damals schlug Michail Gorbatschow dem Westen die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses vor. Und das bedeutete konkret eine neue Friedensordnung, die nicht auf der NATO, sondern auf der OSZE basiert. Das ist eine zivile Institution, die auf gegenseitigem Respekt und gemeinsamer Sicherheit beruht, wie sie von Willy Brandt, Egon Bahr und anderen in den 1970er Jahren im Rahmen der Entspannungspolitik entwickelt wurde, die bei der Beendigung des Ersten Kalten Krieges enorm erfolgreich war. Das war also eine riesige Chance, eine historische Chance, die Konfrontation zwischen den Blöcken zu beenden und eine neue Friedensordnung zu schaffen. Und zunächst schien es, als würden einige der europäischen Staats- und Regierungschefs diesem Vorschlag zustimmen. François Mitterrand, der damalige französische Präsident, sagte 1991: „Wir sollten die NATO auflösen, um etwas Neues zu schaffen.“ Und tatsächlich war das eine Selbstverständlichkeit. Wozu war die NATO noch gut, wenn es keinen Kalten Krieg mehr gab? Sogar Helmut Kohl und andere sprachen von einer neuen Friedensordnung.

Was dann geschah, war, dass Bill Clinton und seine Regierung zumindest ab Mitte der 90er Jahre eine Erweiterung der NATO anstrebten. Sie hatten Gorbatschow versprochen, dies nicht zu tun. Und wir hören oft, dass das nicht der Fall war. Zum Beispiel sagte der deutsche Außenminister Wadephul kürzlich im deutschen Parlament, dass es kein solches Versprechen gegeben habe. Das ist einfach falsch. Es steht in den Dokumenten. Es gibt so viele Dokumente und Protokolle, die beweisen, dass den Russen ein Versprechen gegeben wurde. Und so begannen sie mit der ersten Phase der NATO-Erweiterung. Dann gab es in den Vereinigten Staaten Leute wie George Kennan, der die Eindämmungspolitik erfunden hat. Er war also wirklich ein Hardliner, wenn es um Russland ging, kein Freund von Putin, genau so wenig von Jelzin zu dieser Zeit. Und er sagte: „Es ist der schlimmste Fehler, den wir machen können, die NATO zu erweitern, denn das sind rote Linien für Russland, und wir werden sehr schlimme Dinge erleben.“ Aber sie machten mit der zweiten NATO-Erweiterung weiter, und dann hatten wir 2008 Bill Burns – der damals amerikanischer Botschafter in Moskau war, Russland sehr gut kannte und später CIA-Direktor wurde – und er sagte: „Wir sollten das nicht tun, weil wir dann Krieg im Donbass haben werden. Russland wird eingreifen.“ Er sollte Recht behalten, aber er wurde ignoriert. Henry Kissinger, ein Hardliner der Kalten Kriegszeit, sagte dasselbe. Er sagte: „Die Ukraine muss neutral sein.“ All das wurde beiseite geschoben. Sie machten mit der NATO-Erweiterung weiter.

Dann kam es zum Maidan-Putsch, einem Staatsstreich, der von einem gewalttätigen Teil der Maidan-Proteste angeführt und von den USA und einigen europäischen Regierungen unterstützt wurde. Dann gab es die Minsk-II-Vereinbarungen, die den Konflikt beenden sollten, aber die Ukraine hielt sich nicht daran, weil es keine Autonomierechte für die Donbass-Regionen gab, die in den Minsk-II-Vereinbarungen versprochen worden waren. Und so kam es zu dieser Eskalation, die zur Invasion führte. Und sogar zwei Monate vor der Invasion im Dezember 2021 schickten die Russen ein Memorandum an die Vereinigten Staaten und sagten: „Wir sollten reden, wir sollten über die Neutralität der Ukraine und andere Fragen verhandeln“. Die Amerikaner weigerten sich jedoch, über irgendetwas zu verhandeln. Und dann marschierten sie ein – was meiner Meinung nach ein Verbrechen und

ein großer Fehler war, aber dahinter steckte eine Geschichte. Interessanterweise fanden dann im März und April 2022, direkt nach der Invasion, ernsthafte Gespräche und Verhandlungen zwischen den Ukrainern und den Russen in Istanbul statt. Zu dieser Zeit gab es auch eine Pendeldiplomatie unter der Leitung des israelischen Premierministers Naftali Bennett. Und sie einigten sich auf einen 10-Punkte-Plan, der von der Ukraine entworfen wurde, um den Krieg zu beenden. Und sie hatten sich auf die meisten Punkte geeinigt, fast alle Punkte zu diesem Zeitpunkt, was Neutralität für die Ukraine und den Rückzug der russischen Truppen auf die Linien vor der Invasion bedeutete. Das wäre im Vergleich zur heutigen Situation ein sehr gutes Geschäft für die Ukraine gewesen.

Aber am 9. April 2022 erschien Boris Johnson in Kiew und forderte die Ukrainer auf, nicht zu verhandeln, da sie sonst keine Unterstützung vom Westen erhalten würden. Daraufhin brachen die Verhandlungen zusammen. In unseren Medien wird oft behauptet, dass dies nicht der Fall war, sondern dass die Verhandlungen aufgrund der Kriegsverbrechen in Butscha zusammengebrochen seien. Das war jedoch nicht der Fall. Selenskyj begab sich nach Butscha. Er gab in Butscha ein Fernsehinterview und sagte: „Wir sollten weiter verhandeln.“ Es gibt viele Zeugen dafür, dass Boris Johnson im Auftrag der Amerikaner nach Kiew gereist ist, um die Verhandlungen zu beenden. Zunächst berichtete die pro-westliche ukrainische Medienagentur Ukrainska Pravda darüber.

Dann gab es interessanterweise den Vorsitzenden der Parlamentsfraktion der Partei „Volodymyr Zelensky's People Servant“. Er war ein sehr hoher Beamter in der Regierung Selenskyj, er leitete die Verhandlungen in Istanbul für die Ukraine, und er sagte, dass sie die Verhandlungen abgebrochen hätten. Der türkische Außenminister, der die Verhandlungen für die Türkei leitete, sagte dasselbe. Er sagte: „Es gibt Kräfte im Westen, die nicht wollen, dass der Krieg endet, sie wollen den Krieg fortsetzen, um Russland zu schwächen.“ Das war also das Problem. Es gibt viele Zeugen, viele Kongressabgeordnete und Senatoren in den USA, die dasselbe gesagt haben. Der Westen nutzt diesen Krieg, um Russland zu schwächen, und opfert dafür das Leben ukrainischer Soldaten. Im US-Senat wurde erklärt, dass keine amerikanischen Truppen in die Ukraine geschickt werden müssen, sondern dass man für seine geopolitischen Ziele das Leben ukrainischer Soldaten opfern kann. Das ist äußerst zynisch. Das ist also der Stand der Dinge.

Können wir da wieder herauskommen? Ich denke ja, das können wir, aber die Situation ist viel schwieriger als noch vor ein paar Jahren. Die Ukraine hat viel Territorium verloren. Die Russen werden nichts davon abgeben. Und die entscheidende Frage, die noch offen ist, ist die Neutralität. Trump hat bereits gesagt, dass Neutralität eine Option ist, aber die Europäer weigern sich, darüber überhaupt zu diskutieren. Und als die europäischen Regierungen im Frühjahr und Sommer sagten: „Nun, wir brauchen einen Waffenstillstand, und wenn es einen Waffenstillstand gibt, werden wir NATO-Truppen in die Ukraine schicken“, war das höchst absurd, denn die Russen haben den Krieg überhaupt erst begonnen, um NATO-Truppen in der Ukraine zu verhindern. Wenn man also den Russen sagt, dass man nach dem Waffenstillstand NATO-Truppen schicken wird, damit die Kämpfe dort nicht weitergehen, werden diese dafür keinen Anreiz haben. Aber sie haben aus mehreren Gründen keinen Anreiz für einen

Waffenstillstand. Erstens würde dies der Ukraine ermöglichen, ihr Militär zu stärken und weiter zu kämpfen. Das war bereits bei den Minsker Vereinbarungen der Fall. Was die Russen also wollen, ist ein Friedensabkommen. Ein Friedensabkommen, das der Ukraine Neutralität garantiert, damit sie sichere und international anerkannte Grenzen hat. Das ist machbar. Das Hauptproblem sind derzeit jedoch die europäischen Regierungen, insbesondere die britische, die deutsche und die französische Regierung, die eine solche Lösung blockieren.

ZR: Ja, lassen Sie uns das genauer betrachten, insbesondere das vor kurzem von Moskau angebotene Sicherheitsgarantieabkommen mit der Europäischen Union und den NATO-Staaten. Theoretisch könnte eine solche Initiative den Weg für eine Entmilitarisierung, Denuklearisierung und eine umfassendere Friedensarchitektur ebnen. In Deutschland geht die Entwicklung jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Anfang dieses Jahres wurde das Grundgesetz mit Unterstützung aller großen deutschen Parteien geändert, um Militärausgaben von der verfassungsmäßigen Schuldenbremse auszunehmen und damit höhere und längerfristige Militärbudgets zu institutionalisieren. Im Jahr 2025 werden sich die gesamten Militärausgaben Deutschlands auf rund 86 Milliarden Euro belaufen, was etwa 2,4 Prozent des BIP entspricht. Davon stammen rund 62 Milliarden Euro aus dem Kernhaushalt des Bundes, während weitere 24 Milliarden Euro aus dem 2022 verabschiedeten Sondervermögen für Verteidigungszwecke stammen. Nach Prognosen der Regierung werden die gesamten Militärausgaben bis 2029 auf etwa 162 Milliarden Euro steigen und damit etwa 3,5 % des BIP erreichen. Berlin investiert außerdem massiv in die Luft- und Raketenabwehr, darunter fast 4 Milliarden Euro für das Arrow-3-System, den Ausbau der Drohnenkapazitäten und hat die Debatte über die Wehrpflicht wieder aufgenommen.

Das Verteidigungsministerium hat kürzlich bekannt gegeben, dass rund 200 ehemalige Militärstandorte, die zuvor für zivile Zwecke wie Wohnraum, Sport und andere öffentliche Zwecke vorgesehen waren, stattdessen unter der Kontrolle des deutschen Verteidigungsministeriums bleiben und für militärische Zwecke umgenutzt werden sollen, wobei als Grund die wahrgenommene Bedrohung durch Russland angeführt wird. Ihr Buch untersucht die Militarisierung Deutschlands und ihre Auswirkungen auf das soziale Gefüge. Wie beurteilen Sie diesen Trend und die damit verbundenen Gefahren? Wäre eine Umkehr überhaupt möglich? Gibt es historische Beispiele, die zeigen, wie eine solche Militarisierung rückgängig gemacht werden kann, wenn sie einmal Fuß gefasst hat?

FS: Wir erleben derzeit die extremste Militarisierung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Financial Times hat die Agenda im Frühjahr in einer Schlagzeile auf den Punkt gebracht: „Europa muss seinen Sozialstaat abbauen und einen Kriegsstaat aufbauen“. Das ist die Agenda. Und wenn sie von 5 % des BIP für das Militär sprechen, bedeutet das 50 % des Staatshaushalts für das Militär, was enorm ist. Unter dem deutschen Kaiser, vor dem Ersten Weltkrieg, hatten wir 60 % des BIP für das Militär. Wenn sie diese Art von Haushalt verwirklichen, kehren wir also gewissermaßen in diese Zeit zurück. Denn wenn man das ganze Geld für das Militär ausgibt, kann man nicht mehr für die Gesundheitsversorgung

aufkommen. Man kann nicht mehr für Bildung sorgen. Es ist unmöglich, den ökologischen Wandel zu finanzieren. Das ist also die Agenda.

Nun stellt sich die Frage, warum sie diese Agenda verfolgen. Denn meiner Meinung nach ist das ein Weg in die Selbstzerstörung. Europa wird sein einzigartiges Sozialsystem zerstören. Es unterscheidet sich sehr von dem der Vereinigten Staaten. Es ist dem der Vereinigten Staaten weit überlegen, obwohl wir in Europa 30 oder 40 Jahre Neoliberalismus hatten, in denen das Sozialsystem bereits geschwächt wurde, aber es ist in gewisser Weise immer noch vorhanden. Und wenn sie das zerstören, werden sie einen wirtschaftlichen Abschwung erleben, es wird zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität kommen. Es ist also ein Weg der Selbstzerstörung. Warum verfolgen sie nun überhaupt eine solche Agenda? Eine These lautet, und ich denke, sie enthält einen Teil der Wahrheit, dass sie den militärisch-industriellen Komplex stützen wollen, um in diesem Teil der Wirtschaft Profit und Wachstum zu generieren. Aber das könnten sie auch mit anderen Teilen der Wirtschaft tun. Warum also der militärisch-industrielle Komplex? Noam Chomsky hat einmal bemerkt, dass seit den Zeiten des New Deal in den USA sehr starke Kräfte in der US-Regierung und in Europa den Wohlfahrtsstaat ablehnen und den militärisch-industriellen Komplex bevorzugen. Denn wenn man den Menschen mehr Mitsprache in ihrem wirtschaftlichen Leben gibt, werden sie auch mehr Mitsprache in ihrem politischen Leben fordern. Meiner Meinung nach handelt es sich also um eine autoritäre Agenda. Ich nenne sie „den permanenten Ausnahmezustand“. Diese Tendenz erleben wir seit dem Krieg gegen den Terror. In den USA und Europa wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet, die die Bürgerrechte einschränken und einen Überwachungsstaat schaffen, um einen bestimmten Feind zu bekämpfen. Das System braucht also einen starken Feind, um die Einschränkung der Bürgerrechte im Namen des Krieges zu legitimieren. Das haben wir auch in der Pandemie gesehen. Im Namen des „Kriegs gegen das Virus“, wie Emmanuel Macron es in diesem Fall formulierte, wurden unsere Bürgerrechte stark eingeschränkt, und auch die Meinungsfreiheit wurde in westlichen Ländern stark beeinträchtigt. Im Fall von Gaza haben wir natürlich in Deutschland ein hartes Vorgehen gegen abweichende Stimmen erlebt, darunter Francesca Albanese, die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete in Palästina, und viele andere Menschen. Das ist also die Tendenz – Kriegszustand ermöglicht es der Regierung, einen permanenten Ausnahmezustand zu schaffen und den Menschen zu sagen: „Nun, eure Bürgerrechte zählen nicht, weil wir gegen die Russen kämpfen müssen. Wir müssen gegen Terroristen kämpfen. Wir mussten gegen ein Virus kämpfen.“ Er ermöglicht es auch, abweichende Meinungen zu delegitimieren, und das ist die Entwicklung, die wir hier sehen.

Kann das nun rückgängig gemacht werden? Ich denke, das ist möglich. Das haben wir bei der Bewegung gegen den Vietnamkrieg gesehen. Das war ein großer Krieg, und es war das erste Mal in der modernen Geschichte, dass sich Millionen Menschen eines Landes gegen einen andauernden Krieg erhoben. Sie gingen auf die Straße und übten Druck auf die Regierung aus. Es dauerte damals lange, bis der Krieg beendet wurde, aber die Bewegung hatte einen erheblichen Einfluss auf den Ausgang. Seitdem ist es für US-Regierungen viel schwieriger geworden, Kriege im Ausland zu führen. Sie haben es geschafft, die Bevölkerung davon zu überzeugen, 2003 Truppen in den Irak zu schicken, aber das ging nach hinten los, weil heute

jeder weiß, dass dies auf Lügen beruhte. Es ist viel schwieriger geworden, solche Kriege zu führen. Die Friedensbewegung ist also zu einem Faktor der Geopolitik geworden.

Der zweite Faktor, der die Lage verändern könnte, sind die Länder des globalen Südens und insbesondere China. Die USA und die westlichen Mächte verlieren ihre Hegemonie. Das ist wirklich eine bedeutende historische Veränderung, denn die westlichen Mächte haben das globale System jahrhundertelang dominiert. Das ist nun vorbei. Die G7-Länder machen nur etwa 10 % der Weltbevölkerung aus. Die BRICS-Länder haben mehr Wirtschaftskraft als die G7-Länder. Europa und die USA befinden sich also auf einem absteigenden Ast. Nun stellt sich die Frage, ob Europa sich dafür entscheiden wird, mit dem untergehenden US-Imperium unterzugehen, oder ob es eine neue Rolle in der Geopolitik übernehmen wird, nämlich die Vermittlung zwischen den Großmächten China, den USA und anderen Ländern wie Indien. Das ist in der Tat eine Möglichkeit. Es wäre eine Möglichkeit, die für Europa wirtschaftlich, politisch und geopolitisch von Vorteil wäre. Sie würde auch das Risiko einer größeren Konfrontation zwischen der NATO und Russland oder der NATO und China verringern. Ich denke also, dass dies der rationale Weg wäre. Werden sie den rationalen Weg einschlagen? Die derzeitigen Parteien im deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament wollen das offensichtlich nicht. Aber ich denke, dass verschiedene Bewegungen eine Rolle dabei spielen könnten, den Kurs zu ändern.

ZR: Fabian Scheidler, unabhängiger Journalist und Autor. Leider ist unsere Zeit abgelaufen. Vielen Dank für Ihre Zeit und Ihre Einblicke. Ich werde mich bald wieder bei Ihnen melden, um Ihr Buch noch weiter zu vertiefen.

FS: Danke für die Einladung, Zain.

ZR: Und danke, dass Sie heute dabei waren. Wenn Sie dieses Video bis zum Ende angesehen haben und Ihnen unsere journalistische Arbeit gefallen hat, dann abonnieren Sie unseren Kanal, indem Sie unten auf den Abonnement-Button klicken. Und wenn Sie möchten, dass wir unseren unabhängigen Journalismus fortsetzen, einen Journalismus, der kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt und dessen Ziel es ist, Ihnen Informationen zu liefern, die frei von äußeren Einflüssen sind, dann spenden Sie noch heute. Wie Sie spenden können, erfahren Sie in der Beschreibung dieses Videos. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und fürs Zuschauen. Ich bin Ihr Moderator, Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org